

KEIN ANTRAG AUF NPD-VERBOT

Fragen und Antworten
zum Kampf gegen Rechts



Nachdem der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag zum Verbot der NPD gestellt hat, wurde darüber diskutiert, ob die Bundesregierung dieses Verfahren durch einen eigenen Verbotsantrag begleiten soll. Die FDP hat sich in den vergangenen Monaten wiederholt gegen einen solchen Antrag ausgesprochen. Jetzt hat auch das Bundeskabinett beschlossen, in Karlsruhe keinen eigenen Verbotsantrag einzureichen.

WARUM UNTERSTÜTZT DIE FDP NICHT DEN ANTRAG DES BUNDESRATES?

Die Entscheidung des Bundesrates respektieren wir. Die Bundesregierung wird weiterhin bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die systematische Materialsammlung im Hinblick auf aktuelle Erkenntnisse fortsetzen, um den Antrag des Bundesrates zu unterstützen.

Vor Gericht macht es keinen Unterschied, ob ein einziges oder mehrere Verfassungsorgane einen Verbotsantrag stellen. Entscheidend ist die Qualität der Beweismittel. Und diese ist zweifelhaft. Obwohl das Verbot der NPD daran bereits einmal gescheitert ist, wollen viele Landesinnenminister immer noch nicht verbindlich versichern, dass ihr Beweismaterial nicht von V-Leuten beeinflusst wurde. Damit ist ein Scheitern vor Gericht wahrscheinlich.

WELCHE RISIKEN SIEHT DIE FDP?

Es steht außer Frage, dass die NPD verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Verbotsantrag in Karlsruhe oder spätestens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte scheitert, ist jedoch sehr hoch. Ein Erfolg vor Gericht würde die NPD enorm aufwerten. Bereits das Gerichtsverfahren würde der Partei enorme Aufmerksamkeit verschaffen und zu einer Solidarisierung in der rechten Szene führen. Damit würde die NPD, die derzeit mit erheblichen finanziellen und organisatorischen Problemen zu kämpfen hat, nur gestärkt.

Selbst bei einem Erfolg vor Gericht wäre mit einem NPD-Verbot kein Problem gelöst. Im Ge-

Wir wollen rechtsextremes Gedankengut bekämpfen. Der Gang vor Gericht aber ist der falsche Weg. Im Kampf gegen Rechts haben wir auf Dauer nur Erfolg, wenn in Politik und Gesellschaft alle gemeinsam entschlossen für Freiheit und Demokratie eintreten.

Stand: Mai 2013

genteil: Viele der 6.000 NPD-Mitglieder würden in den Untergrund getrieben. An die Stelle der NPD würden neue Organisationen und Strukturen treten. Denn mit dem Verbot einer Partei verschwindet nicht rechtsextremistisches Gedankengut.

WAS TUN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS?

Wir wollen uns politisch und gesellschaftlich offensiv mit Rechtsextremismus auseinandersetzen. Den Kampf gegen Rechts gewinnen wir nicht vor Gericht, sondern an der Wahlurne. Und wir müssen die Lehren aus den Verbrechen des NSU ziehen und die Sicherheitsstrukturen reformieren. Damit wir rechtsextreme Umtriebe früh erkennen und konsequent verfolgen können. Schwarz-Gelb hat deshalb unter anderem die weitere Finanzierung des „Exit“-Programms für rechte Aussteiger beschlossen.

WAS SAGEN ANDERE?

„Wer nach Karlsruhe zieht, ist für ein mögliches Scheitern verantwortlich.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. März 2013

„Das gibt eine Niederlage mit einer Ansage deluxe. Rechtes Gedankengut lässt sich nicht verbieten, sondern nur bekämpfen.“

Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, 14. Februar 2013

„Zu groß ist die Gefahr, dass man damit vor dem Verfassungsgericht oder vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte scheitert. Und zu klein ist der Nutzen – angesichts einer NPD, die derzeit bei Landtagswahlen unter der Ein-Prozent-Marke landet.“

Süddeutsche Zeitung, 19. März 2013

DAMIT DEUTSCHLAND STARK BLEIBT.

FDP